Abendausgabe

Nr. 554 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 274

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch
24. November 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Hilfe den Erwerbslosen!

Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. — Durchgreifende Maßnahmen gefordert.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung legt die sozialdemokratische Fraktion ein umfassendes Programm zur Linderung des Elends der Arbeitslosen in folgendem Dringlichkeitsantrag vor:

„Die **Not der Berliner Erwerbslosen**, die infolge der langandauernden Wirtschaftskrise ins Ungemessene steigt, erfordert schnellstens neue energische Maßnahmen, durch die die Zahl der Arbeitslosen herabgemindert und die Not des Augenblicks gemildert wird. Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen: Der Magistrat wird ersucht:

1. **ausreichende Arbeitsgelegenheit zu beschaffen** a) durch eine wesentlich verstärkte Förderung des **Wohnungsbaues**, b) durch sofortigen Beginn des Baues aller notwendigen **Verwaltungsgebäude**, c) durch Neubau und gründliche Renovierung von **Schulgebäuden**, d) durch Neu- und Ausbau von **Badeanstalten**. Zur Förderung des Wohnungsbaues ist darauf hinzuwirken, daß **der Hauszinssteueranteil Berlins** entsprechend dem Berliner Aufkommen **erhöht** wird. Da die bisherige Vergebung von Hauszinssteuerhypotheken den Interessen der wohnungslosen minderbemittelten Bevölkerung nicht genügend entsprach, sind in Zukunft Hauszinssteuerhypotheken weit mehr als bisher im Zusammenhang mit städtischen, durch Anleihen zu beschaffenden Zusatzhypotheken zu vergeben. Bei der Vergebung solcher Bauvorhaben sind nur gemeinnützige Gesellschaften zu berücksichtigen;

2. **die Vorlage neuer Projekte**, die einer möglichst großen Zahl von Arbeitnehmern Lohn und Brot verschaffen, **sofort vorzubereiten**, da die Zahl der jetzt beschäftigten Arbeiter durch die Fertigstellung verschiedener Arbeiten in den nächsten Wochen erheblich sinken dürfte;

3. **geeignete Maßnahmen auch zur Beschäftigung weiblicher Arbeitnehmer zu treffen**, da in verschiedenen Industriezweigen in absehbarer Zeit überhaupt nicht an eine Wiedereinstellung der weiblichen Arbeitskräfte zu denken ist. In erster Linie müssen Mittel bereitgestellt werden, um es den Berliner Anstalten zu ermöglichen, ihre Bekleidungs- und Wäschebestände aufzufüllen.

4. **zur Milderung der Not der Angestellten** die Einrichtung der Zeithilfen grundsätzlich zu beseitigen, das Ueberstundenunwesen in der städtischen Verwaltung abzuschaffen und bei der Einstellung in erster Linie langfristig erwerbslose Angestellte unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage, des Familienstandes und der Eignung in Betracht zu ziehen.

5. die **Notstandsaktion** fortzusetzen;

6. die **Fürsorge für die arbeitende Jugend zu verbessern** und bei den zu treffenden Maßnahmen eine enge Verbindung zwischen Berufsberatung, Berufsschule und Jugendamt anzustreben;

7. bei **allen Arbeiten**, bei denen die **Stadt** oder ihre Gesellschaften **als Arbeitgeber** auftreten, dafür zu sorgen, daß nur die **öffentlichen Arbeitsnachweise** benutzt werden, **tarifliche Entlohnung** gewährleistet und der **Achtstundentag** strikt eingehalten wird;

8. umgehend auf die **Reichsregierung dahin einzuwirken**, daß a) die Sätze der Erwerbslosenunterstützung weiter erhöht werden, b) die Befristung der Unterstützungsdauer aufgehoben wird, c) die Bedürftigkeitsklausel außer Kraft gesetzt wird, d) der Richtsatz eine Aenderung erfährt, e) die Pflichtarbeit fortfällt, f) die Notstandsarbeiter in ein freies Arbeitsverhältnis mit tariflicher Entlohnung treten, g) der Benutzungszwang der öffentlichen Arbeitsnachweise bei der Arbeitsvermittlung eingeführt wird, h) besondere Mittel für die Kommunen zwecks Maßnahmen zur gewerblichen Schulung der Altersstufen von 14 bis 18 Jahren bereitgestellt werden, i) schnellstens das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung in einer Form verabschiedet wird, die eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Fürsorgezustand aufweist, k) der Anmelde- und Benutzungszwang des öffentlichen Arbeitsnachweises bei der Angestelltenvermittlung eingeführt und das Verbot der Chiffreanzeigen ausgesprochen wird, wobei der Arbeitsnachweis berechtigt sein soll, in besonders gearteten Fällen die anderweitige Beschaffung der gesuchten Arbeitskräfte gegen Sichtvermerk freizugeben, l) die Elektrisierung der Stadtbahn schleunigst durchgeführt wird.

Dieser Antrag geht in seinen Forderungen nicht über das Mögliche und Durchführbare hinaus. Es ist dringend nötig, daß die Stadtverordnetenversammlung durch Annahme des Antrages den Magistrat auf seine Pflicht hinweist und die Notwendigkeit einer raschen und durchgreifenden Hilfsaktion ihm vor Augen rückt.

Nationalistischer Wahnwitz.

Vorbereitung landesgefährlicher Abenteuer. — Eine Erklärung Mahrauns.

Herr Arkur Mahraun, der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, veröffentlicht gegenüber den halben Ausführungen des Reichswehrministers eine ausführliche Erklärung. Aus dieser Erklärung geht hervor, daß die nationalen Aktivisten in den Jahren 1923—1925 eine Reihe von wahnwitzigen landesgefährlichen Abenteuern vorbereitet haben, die Deutschland in das tiefste Unglück gestürzt haben würden. Wir veröffentlichen diese Erklärung auf der dritten Seite dieses Blattes.

Krassin gestorben.

Ein schwerer Verlust für die Sowjetregierung.

London, 24. November. (WTB.) Der Geschäftsträger der Sowjet-Union, Krassin, ist gestorben.

*

Der plötzlich verstorbene Krassin war einer der fähigsten und energischsten Vertreter der bolschewistischen Regierung, der sich in den letzten Jahren insbesondere im diplomatischen Dienst einen Namen gemacht hat. Krassin stammte aus der „alten Garde" der bolschewistischen Partei und gehörte schon vor der Abspaltung der Bolschewisten von der Sozialdemokratischen Partei zu dem engeren Kreise Lenins, ohne allerdings immer mit ihm konform zu gehen. Er war lange Zeit Mitglied des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Rußlands, zog sich aber in den Jahren vor dem Kriege von der aktiven Parteiarbeit zurück.

Damals war er in der Firma Siemens u. Halske in Berlin als Ingenieur tätig, ging bei Ausbruch des Krieges als Vertreter der Firma nach Stockholm und beteiligte sich erst nach Ausbruch der bolschewistischen Revolution wieder aktiv an der Parteiarbeit. Krassin war damals in vielen Punkten ein entschiedener Gegner der von Lenin betriebenen Politik, die er vom wirtschaftlichen Standpunkte aus als ein Unglück für Rußland betrachtete. Er stellte sich jedoch in den Dienst der Moskauer Regierung und wurde von ihr im Sommer 1918 als Unterhändler nach Berlin gesandt, um den deutsch-russischen Zusatzvertrag zum Brest-Litowsker Friedensvertrag zustandezubringen.

In den nachfolgenden Jahren ist er dann von der Sowjetregierung für die wichtigsten diplomatischen Missionen im Auslande, insbesondere in England, verwandt worden. Seine gründlichen wirtschaftlichen Kenntnisse und seine diplomatische Geschicklichkeit sicherten ihm hierbei manche Erfolge. Politisch gehörte er zu dem gemäßigten Flügel der Kommunistischen Partei, und gerade seine Kenntnis der außenpolitischen Verhältnisse veranlaßte ihn mehrfach, gegen die verhängnisvolle Putschpolitik der von Sinowjew geleiteten Kommunistischen Internationale zu opponieren. Sein Tod bedeutet für die Moskauer Regierung einen schweren Verlust.

Gegen das Schund- und Schmutzgesetz.

Ein Protest des Vorsitzenden der Dichterakademie.

In der „BZ." veröffentlicht Wilhelm v. Scholz eine Erklärung gegen das Schund- und Schmutzgesetz. Die Erklärung ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil der Verfasser kürzlich zum Vorsitzenden der Dichterakademie gewählt wurde. Es heißt darin:

Ich brauche nicht zu betonen, daß das angegebene Ziel des Gesetzes, die Jugend vor den ekelhaften Erzeugnissen widerwärtiger Schmutzliteratur zu schützen, jedes Dichters, jedes geistigen Menschen innigster Wunsch ist; daß eine erfolgreiche Bekämpfung der Afterliteratur für die Dichtung nur förderlich sein kann.

Aber ein Gesetz, das mit seinem Chirurgenmesser in die Nähe des Herzens und des Gehirns der Kultur und des Geisteslebens — das ist das Schrifttum immer! — zu schneiden unternimmt, muß in sich, durch eine klassische, eindeutige, jede Willkür ausschließende Fassung vor Mißbrauch geschützt sein! **Der Gesetzentwurf, der jetzt vorliegt, bietet in jedem Paragraphen fast dem Mißbrauch Hand und Möglichkeit.** Ja, ich habe den Verdacht, daß bei manchen Befürwortern des Gesetzes gerade diese Möglichkeit, das Gesetz zu Parteizwecken, für Obskurantenwünsche, gegen die Geistesfreiheit zu mißbrauchen, das ist, was ihre Begeisterung für den Entwurf geweckt hat.

Würde dieser Entwurf je Gesetz, so wäre der Kunstfeindschaft an sich, die einer der grundlos bösen Triebe in der Menschheit und leider sehr häufig ist, eine schlimme Waffe in die Hand gegeben. Eine ungefährdet freie Kunst und Dichtung ist eine Lebensfrage für das deutsche Volk, ist einer der Werte, die uns die Freundschaft der anderen Völker wieder zu gewinnen im Begriff sind. Wir dürfen sie nicht durch schlechte Gesetze in Gefahr bringen!

Diese Erklärung ist ein weiterer Beitrag dazu, wie schwere Gefahren der künstlerischen Betätigung aus diesem in jeder Beziehung bedenklichen Gesetzentwurf erwachsen.

Die polnische Delegation für die Sitzung des Völkerbundsrates im Dezember besteht aus Außenminister Zaleski, dem diplomatischen Vertreter in Danzig, Minister Strasburger, und dem Abteilungschef im Außenministerium, Adam Tarnowski. Zum erstenmal nimmt bekanntlich Polen an der Sitzung als Ratsmitglied teil.

Ein Weltreich im Umbau.

Die Konferenz der britischen Dominien.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

E. W. **London**, 23. November.

Mit der Veröffentlichung des Berichts der Kommission der Ministerpräsidenten des britischen Weltreiches ist die Aufgabe der Weltreichskonferenz abgeschlossen. Sie endet mit der Formulierung von einer Reihe von Neuerungen, die beweisen, daß die angelsächsischen Staatsmänner das Verständnis für die Notwendigkeiten der Stunde nicht eingebüßt haben. Wenigstens, soweit die Beziehungen zwischen Mutterland und den sich selbst regierenden Dominions in Betracht kommen. Im Gegensatz zu den Erwartungen und Befürchtungen haben sich in den entscheidenden Fragen des Umbaues der Beziehungen zwischen Mutterland und Dominions die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Auffassungen Londons, Kanadas, Südafrikas und dem Irischen Freistaat nicht als unüberwindbar gezeigt.

Die Arbeit der Konferenz schließt mit einer entschiedenen Verbesserung der Beziehungen zwischen Großbritannien und Irland und Südafrika. Während die vor drei Jahren abgehaltene Konferenz nach einem Worte Garvins „in einer geistigen Konfusion, einer seelischen Abkühlung und einer Lähmung in allen wesentlichen Entscheidungen" endete, hat die gegenwärtige Konferenz diesen toten Punkt, auf dem das Weltreich angekommen zu sein schien, überwunden. Freilich nur, soweit London und die Dominions in Frage kommen. An die eigentlichen Lebensfragen des britischen Weltreiches, der Lösung der indischen und ägyptischen Frage, des ungeheuren Fragenkomplexes der gelben und schwarzen Rassen und ihrer Stellung zum „Empire" hat die Konferenz nicht gerührt. Trotz der Schwierigkeiten mit Irland und den größeren mit Südafrika ist das „Empire" hier in seinem Bestande nicht bedroht und nur völlige Unkenntnis der Tatsachen hat die kulturelle und teilweise wirtschaftliche Durchdringung Kanadas von den Vereinigten Staaten her zu einem unmittelbaren, das Empire gefährdenden Problem gestempelt. Die wirkliche Lebensfrage des Empire liegt nicht hier, in den Dominions, sondern in Indien und Aegypten, in Malakka, Sudan usw. Dieses Problem ist von den führenden Staatsmännern kaum angeschnitten, geschweige denn gelöst worden. Darum ist es zu früh, wenn wohlmeinende konservative Kreise jubelnd feststellen, daß die Auflösung des Empire durch diese Konferenz gebannt sei.

Was die Konferenz inhaltlich an neuem gebracht hat, das ist in den abschließenden Feststellungen des Berichts der Ministerpräsidenten wie folgt zusammengefaßt: „Nichts wäre damit gewonnen, wenn man versuchen wollte, eine Verfassung für das britische Empire festzulegen. Seine so weit auseinanderliegenden Teile besitzen äußerst verschiedenartige Eigenheiten, sie haben eine äußerst verschiedene Geschichte und befinden sich in äußerst verschiedenen Entwicklungsstadien. Die Gruppe der sich selbst regierenden Gemeinwesen, bestehend aus Großbritannien und den Dominions, sind autonome Gemeinwesen innerhalb des britischen Empire, sie befinden sich in gleicher Stellung, sind in keiner Weise — was ihre Innenpolitik und auswärtigen Beziehungen anbelangt — einander untergeordnet, jedoch durch ihre gemeinsame Zugehörigkeit zur Krone geeinigt und aus eigenem Willen heraus als Mitglieder verbunden. Jedes Mitglied des Empire, das sich selbst regiert, ist nunmehr Herr seines eigenen Schicksals. Es ist, in facto, wenn auch nicht immer in der Form, keinerlei irgendwie geartetem Zwange unterworfen. Gleichheit in der Stellung ist somit das Grundprinzip, das für die interstaatlichen Beziehungen der Mitglieder des Empire maßgebend ist. Damit ist in aller Form die Freiheit und Gleichstellung der selbstregierenden Dominions erklärt.

Aber dieses „Prinzip der Gleichheit" bezieht sich auf die Stellung und nicht allgemein auf die Funktionen der einzelnen Glieder. Das heißt z. B., daß die Funktion des Mutterlandes bei diplomatischen Verhandlungen und hinsichtlich der militärischen Aufgaben bedeutungsvoller bleibt als etwa Kanadas oder Australiens, und an dem bisherigen Zustand, wo London für die Reichsverteidigung im wesentlichen verantwortlich war und in entscheidenden diplomatischen Fragen als Treuhänder des Empire auf eigene Faust gehandelt hat, grundsätzlich nichts verändert werden soll. Auf Indien finden diese Erklärungen keine Anwendung. Indiens Stellung ist durch den „Government of India Act 1919" bestimmt. Das Komitee empfiehlt dagegen eine leichte Aenderung im Titel des Königs. Anstatt der bisherigen Formel, die von einem „Vereinigten Königreich" sprach, ist Georg V. nunmehr König „Großbritanniens und Irlands und der britischen Dominions" usw. Der vertraute Begriff des „United Kingdom", der „Vereinigten Königreiche", hat damit offiziell zu existieren aufgehört. Ein letzter Nachhall der einstigen engeren Verbindung Großbritanniens und Irlands ist allerdings auch im Titel übrig geblieben, wo Irland im Gegensatz zu den übrigen Dominions herausgehoben und vor den übrigen britischen Dominions aufgeführt wird.

Wichtiger ist die nächste Empfehlung. Der Bericht betont, daß die Generalgouverneure der Dominions, die von London aus ernannt werden, die gleiche Stellung zur Politik des Landes einzunehmen haben, wie der britische König innerhalb Großbritanniens. Sie hören also von dem Augenblick der Verwirklichung dieser Empfehlung auf, „Vertreter oder Agenten" der britischen Regierung, aber nicht des

Königs zu sein. Diese neue Regelung bedeutet nicht mehr und nicht weniger, und das ist die dritte und vielleicht wesentlichste Aenderung, welche die Konferenz mit sich gebracht hat, daß damit der letzte Rest der verfassungsmäßigen Ueberordnung der Londoner Zentralregierung über die Regierungen der Dominions zu bestehen aufgehört hat.

Der Bericht stellt ferner fest, daß jedes Dominion das Recht haben soll, mit auswärtigen Ländern selbständig zu verhandeln und Verträge mit diesen Ländern in allen Fragen abzuschließen, die die Interessensphäre des betreffenden Dominions berühren. Das ist die vierte wesentliche Aenderung, die für die Zukunft vorgesehen ist. Schließlich wird mit großem Nachdruck auf die Notwendigkeit der gegenseitigen Beratung in allen Fragen verwiesen, die gemeinsames Interesse beanspruchen dürfen und überall dort, wo eine geplante oder erfolgte Handlung eines Dominions direkt oder indirekt andere Mitglieder des Empire mitberührt. Mit größtem Nachdruck betonen die Ministerpräsidenten der Dominions die Notwendigkeit, das System der zwischenstaatlichen Beratungen zwischen den einzelnen Gliedern des Weltreiches auszubauen, und drücken zum Schluß den Wunsch aus, neben diesen zwischenstaatlichen Verständigungen einen „engeren persönlichen Kontakt sowohl in London als in den Hauptstädten der Dominions" herzustellen. Die Grundlinien hierfür sollen in Zukunft zwischen Großbritannien und den Dominions geregelt werden. Damit ist, wenn auch auf eine sehr unbestimmte Weise, die Frage der zukünftigen Stellung der Kommissare der Dominions in Londons angeschritten. Sie sind längst aus rein dekorativen Figuren zu diplomatischen Vertretern der Dominions im eigentlichen Sinne des Wortes emporgewachsen. Trotzdem ist ihre Stellung bei allen für das gesamte Empire bedeutungsvollen Entschlüssen höchst unbestimmt.

Auf eine kurze Formel gebracht, ist das Ergebnis der Konferenz ein weiterer Schritt zur Verwirklichung der Gleichberechtigung zwischen London und den Dominions. Die wirklichen Schicksalsfragen des Empire sind damit allerdings um keinen Schritt ihrer Lösung näher gekommen. Sie lagen außerhalb des Rahmens dieser Empirekonferenz, die nichts als eine Konferenz der Dominions war.

Für Abrüstung — aber auch für Sicherheit.

London, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) In dem, das Konferenzergebnis zusammenfassenden Gesamtbericht wird bedauert, daß keine Fortschritte in der Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen erzielt wurden. Es sei der gemeinsame Wunsch der Dominienregierungen, ihr Aeußerstes zu tun, um in der Abrüstung weiter zu kommen, soweit sie mit der Sicherheit aller Reichsteile und der Verbindungswege vereinbar ist; der in Washington festgesetzte Einmächtestandard der Flotten ist aufrecht zu erhalten. Die Kosten für den Ausbau von Singapore werden gemeinschaftlich getragen.

Die Konferenzteilnehmer befriedigt.

London, 24. November. (WTB.) Die seit dem 19. Oktober tagende Reichskonferenz hielt heute ihre Schlußsitzung ab. Es haben im ganzen 16 Vollsitzungen und 146 Kommissionssitzungen stattgefunden. In einer Schlußresolution gibt die Konferenz der Ansicht Ausdruck, daß nicht nur die laufende Arbeit erledigt worden ist, sondern daß auch die durch die Konferenz gewährte Gelegenheit, vertrauliche Beratungen abzuhalten, und die zwischen den einzelnen Delegierten bestehenden persönlichen Bande neu zu knüpfen, von größter Bedeutung für eine Förderung der Einheit und der Zusammenarbeit war.

Im Verlaufe der Schlußsitzung nahmen die Vertreter der Dominions zu abschließenden Bemerkungen das Wort. Der kanadische Ministerpräsident King hob insbesondere die Bereitwilligkeit aller Teilnehmer hervor, auch einen anderen Standpunkt zu würdigen und die besonderen Schwierigkeiten einzelner Dominions zu verstehen. Der Ministerpräsident von Australien Bruce führte aus: Wir haben hier der Welt einen klareren Begriff als jemals gegeben von dem, was wir unter dem Reich der sich vollständig selbst regierenden Völker verstehen, die einerseits eifersüchtig über ihre Autonomie wachen, andererseits aber auch auf die Einheit des Reiches stolz sind. General Hertzog erklärte für Südafrika: Ich verlasse diese Konferenz vollständig befriedigt darüber, daß all das, was ich auf dieser Konferenz zu erreichen wünschte, erreicht ist, ja, daß es sogar unter allgemeiner Mitarbeit und unter allgemeinem Beifall erreicht worden ist. Der Vertreter Irlands, Justizminister O'Higgins, betonte, daß alle von der irischen Delegation aufgeworfenen Fragen eine faire und freundschaftliche Behandlung gefunden hätten. Nach weiteren Erklärungen der Vertreter von Neuseeland, Neufundland und des Maharadscha von Burdram für Indien erklärte Baldwin, die Teilnahme der verschiedenen Delegationen und der Geist, der die Konferenz erfüllt habe, habe das Reich mit neuer Kraft und neuer Hoffnung erfüllt.

Keine Vernebelung!

Illegale Betätigung der Reichswehr und Streit der Nationalisten.

Im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen aus der Mahraunschen Denkschrift und über sie stehen zwei große Tatsachenkomplexe. Jeder ist für sich wichtig, es muß jedoch darauf geachtet werden, daß der eine den anderen nicht überschattet.

Die Wehrverbände und die Presse der Rechten streiten nicht über den Inhalt, sondern über die Abfassung der Mahraunschen Denkschrift. Sie richten Angriff auf Angriff gegen Herrn Mahraun, weil er diese Denkschrift verfaßt und dem Reichswehrministerium eingereicht hat. Mit diesen Angriffen enthüllen sie mehr, als sie glauben.

Man liest in der „Kreuz-Zeitung":

„Die Aufforderung, sich schriftlich zu äußern, hat Mahraun also genügt, um eine Denkschrift einzureichen. Die daraus sprechende Leichtfertigkeit kann ebenfalls nur mit der Gutgläubigkeit eines im politischen Leben unerfahrenen Fortsoldaten erklärt und entschuldigt werden."

Mahraun hat im Wehrministerium eine Reihe von Beschwerden und Warnungen vorgetragen. Da nichts erfolgte, wollte er wieder vorstellig werden. Man hat ihn auf den schriftlichen Weg verwiesen, er hat ihn beschritten. Das ist nach der „Kreuz-Zeitung" leichtfertig. Warum leichtfertig? Weil durch die Existenz der Denkschrift dem Reichswehrministerium bewiesen werden kann, daß es unterrichtet war?

Noch deutlicher wird die „Deutsche Zeitung". Dort liest man:

„Auch jetzt noch wollen wir, trotz allem, was vorgefallen ist, die Frage nach den Beweggründen der Herren Mahraun und Bornemann offen lassen. Festgenagelt muß aber werden, daß diese beiden Herren der vaterländischen Bewegung den denkbar schwersten Schlag zugefügt haben und daß das Ergebnis ihrer Handlungsweise einem — wenn auch sicher ungewollten — Landesverrat gleichkommt. Hinzu tritt noch, daß die von beiden Herren angewandten Mittel: heimliche Angeberei und Vertrauensbruch, nicht der Ehrauffassung entsprechen, die allgemein üblich ist."

Das ist noch deutlicher als der Vorwurf der Leichtfertigkeit in der „Kreuz-Zeitung", und hier kommt man zum Kern dieses Streites der Nationalisten untereinander.

Es ist also „der vaterländischen Bewegung der denkbar schwerste Schlag zugefügt" worden.

Es ist nach dieser Auffassung ein „Landesverrat" begangen worden.

Und schließlich war die Folge des Vorgehens der Ordensleitung, wie es in der „Deutschen Zeitung" weiter heißt:

„Jetzt im Höhepunkt des Kampfes gegen die Interalliierte Kontrollkommission das Bekanntwerden eines für die Entente unschätzbaren Materials."

Es ist also alles wahr, was in dieser Denkschrift steht. Das ist der Kern des Streites der Nationalisten untereinander, und auf diesen Kern kommt es uns an. Um so mehr, als Herr Geßler sich nach Kräften bemüht, diesen Kern zu vernebeln. Er redet von Einzelfällen und will von Zusammenhängen nichts wissen — wie man es früher der Feme gegenüber getan hat. Er redet, als ob diese Dinge nicht mehr beständen.

Sie bestehen aber doch! Sie sind insgesamt eine einzige, große, zusammenhängende Verschwörung mit dem Ziel, eine Truppe des deutschen Faschismus zu bilden. Diese Verschwörung ist so wirklich, daß Blätter vom Schlage der „Deutschen Zeitung" und der „Kreuz-Zeitung" in aller Oeffentlichkeit die, die davon reden, des Landesverrats und der Leichtfertigkeit zeihen, und damit die reale Existenz der Verschwörung voraussetzen.

Herr Geßler will sie nicht sehen — das ist klar. Es gibt neben ihm Regierungsorgane und Behörden, die verpflichtet wären, sie zu sehen, sie aufzulösen und gegen die Schuldigen strafbar vorzugehen. Haben sie alle Nebel vor Augen?

Ein Widerspruch.

Das preußische Innenministerium stellt zu der Rede des Reichswehrministers Geßler im Reichstage fest, daß ihm bis zur Stunde die Denkschrift des Herrn Mahraun amtlich nicht zugegangen noch inhaltlich bekanntgemacht worden sei.

*

Dazu hören wir noch, daß der Reichswehrminister, als er seinerzeit in Urlaub ging, den General Hasse mit der weiteren Bearbeitung der Sache beauftragte, worauf General Hasse dem preußischen Innenminister Severing mündlich und persönlich gewisse Teile dieser Denkschrift, und zwar ihre Ausführungen über die rechtsradikalen Verbände zur Kenntnis brachte.

Bei Hugenberg herrscht Ordnung.

Die linke Spalte weiß nicht, was die rechte tut.

Mitunter muß man sich doch wundern, was für geradezu gewaltige Ansprüche die Hugenberg-Presse an die Dummheit ihrer Leser stellt. Zwar muß die Redaktion ihre Leser wohl einigermaßen kennen; aber es grenzt schon ans Unwahrscheinliche, welches Maß von Kritiklosigkeit bei einem braven deutschnationalen Bürger als selbstverständlich gilt.

So bringt der „Tag" von heute morgen ein Stimmungsbild aus dem Reichstag, in der die Rede des Abg. Hoetzsch gebührend gewürdigt wird. Mit verbrämten Worten wird da gesagt, daß Hoetzsch kein Ende finden kann und daß infolgedessen der Reichstag bedauerlicherweise um den hohen Genuß gekommen ist, den viel lebhafteren Schimpfhelden v. Freytagh-Loringhoven zu hören. „Infolgedessen verläuft der Tag in epischer Ruhe." Mit leiser Trauer verzeichnet der journalistische Agent des Herrn Hugenberg die Tatsache, daß Hoetzsch dem Außenminister eine goldene Brücke gebaut und anerkannt habe, Stresemann wolle doch das Beste.

Das steht nun auf der linken Spalte des Blattes. Auf der rechten Spalte dagegen prangt unter der Ueberschrift „Die äußere Politik der Woche" ein großer Uebersichtsartikel desselben Professors Hoetzsch, dessen Langweiligkeit und Weichmütigkeit soeben besungen wurde.

Es scheint also doch, daß die geistige Kost, die ein Hugenberg-Reporter als Schlafmittel ansieht, zur Belehrung der Leser der Scherl-Presse gerade ausreicht. Aber, wie gesagt, die Redaktion muß ihre Leser schon kennen.

Der deutsche Dampfer „Carmen", der wegen Alkoholschmuggels von den amerikanischen Zollbehörden aufgebracht wurde, ist wieder freigegeben, da er außerhalb der Zwölf-Meilen-Grenze festgenommen wurde.

Museumsdiebstähle in Moskau.

Vor einigen Tagen begann in Moskau ein Monstreprozeß, der eine Reihe von Angeklagten, Künstlern, Kunstgelehrten, Antiquaren, mit dem Direktor des Historischen Museums an der Spitze auf die Anklagebank geführt hatte. Die „Rote Zeitung" schildert den Sachverhalt folgendermaßen:

Dem Historischen Museum waren große Kollektionen von Bildern, die ehemals Privatleuten wie dem Fürsten Bolkonski, dem Fabrikanten Rjabuschinski, der Gräfin Uwaroff und dem bekannten Sammler Schtschukin gehörten, zur Aufbewahrung übergeben. Eine Registrierung der Bilder fand nicht statt. Sie lagen in vernagelten Kisten verpackt. So war es im Jahre 1924/25. Dann aber begannen die Bilder allmählich über die Grenze zu verschwinden. Aeußerlich schien alles gesetzmäßig vor sich zu gehen. Die Museumsdirektion hatte ihre vorgesetzte Behörde angefragt, was sie mit all dem „Plunder" anfangen solle, der gar keinen Museumswert besitze. Sie bat um die Erlaubnis, den „Plunder" zu verkaufen. Dieses wurde ihr gestattet. Der Direktor des Museums, Tschekotoff, schloß daraufhin einen Vertrag mit einem Auktionator zum Zweck des Verkaufs der Bilder. Ferner wurden Kommissionen aus Kunstwissenschaftlern gebildet, deren Aufgabe es sein sollte, den Wert der Kunstwerke einzuschätzen. Sobald es sich um Bilder bekannter Künstler handelte, die doch nicht als „Plunder" bewertet werden konnten, erklärte man einfach, daß diese Bilder von einem „unbekannten" Maler seien. Zu diesen „unbekannten" Malern gehörten Aiwasowski, Mjasojedoff u. a. m. Andere Bilder wurden einfach als beschädigt bezeichnet. Als solches wurde zum Beispiel das bekannte Bild Tschernokoffs „Der Kopf eines alten Weibes" für 6 Mark ins Ausland verkauft. Ein Bild von Mjasojedoff wurde mit 2 Mark bewertet, eine anderes von dem berühmten Korowin mit 6 Mark, eins von Aiwasowski mit 60 Mark. Zu den gleichen Preisen wurden auch berühmte Bilder aus der Sammlung Schtschukins verkauft; auch ein Raffael befand sich darunter. Die Preise schwankten zwischen 6 und 40 Mark. In manchen Fällen wurden aber Bilder selbst bekannter Maler mit 10 bis 20 Pfennig bewertet.

Es war wohl ein Verdienst der Sowjetregierung, daß sie die privaten Sammlungen dem Historischen Museum einverleibt hat. Daß dieses Nationaleigentum aber von einer Diebesbande ins Ausland befördert würde, konnte niemand ahnen. Oder vielleicht doch?

Der Männerchor „Fichte-Georginia 1879" zeigte sich mit seinem Konzert im Saalbau Friedrichshain als eine Gesangsvereinigung von bemerkenswert hoher Musikkultur. Mit schönem Stimm-Material verbindet sich hier gute Schulung und ein sicheres Gefühl für den musikalischen wie für den textlichen Inhalt der Chorwerke, die ausnahmslos mit feinem Verständnis vorgetragen wurden. Musikdirektor Wilhelm Knöchel verdient für seine Chorleitung alles Lob. Nur sollte er sich hüten, einer Neigung zur Verschleppung der Tempi nachzugeben, die bisweilen fühlbar wird. Auch das Ebert-Manz-Quartett, das aus Mitgliedern des Chors gebildet wurde, bewährte sich mit einer Reihe von Vorträgen trefflich. Solovorträge brachte Heinz Theisen, der ebenfalls dem Chor angehört. Er hatte sich zwei anspruchsvolle Opernarien gewählt: die „Gralserzählung" aus „Lohengrin" und den Prolog zu Leoncavallos „Bajazzi". Das Maß für Berufssänger durfte man bei diesen Darbietungen natürlich nicht anlegen. Aber es sollte ja wohl auch nur der Beweis erbracht werden, daß schönes, wenn auch für Opernfach nicht hinreichend geschultes Stimm-Material und musikalisches Verständnis in beachtenswertem Maße im Chor vertreten ist. Der Abend fand mit Recht bei dem zahlreich erschienenen Publikum lebhaften Beifall. Sz.

Wallner-Theater: „Das Stiftungsfest." Der harmlos-lustige Schwank Gustav Rosers „Das Stiftungsfest", feierte wieder einmal seine fröhliche Urständ. Ein mitunter köstlich gezeichnetes Kleinstadtmilieu mit all der wichtigtuenden Vereinsmeierei seiner Generationen. Was verschlägt es, daß das Stiftungsfest schon vorher auffliegt dank der Rivalität der verschiedenen Sängerbünde? Dafür gibt es eine wieder frisch gekittete Ehe und ein neues Brautpaar. Der Schwank wurde in einem erfreulichen Ensemblespiel gegeben. Ausgezeichnet war der Kommerzienrat Edgar Kanitschs. Seine Frau gab sprudelnd Meta Jäger. Das junge Ehepaar war bei Hermann Schindler und der temperamentvollen Hermia Born, die nur manchmal ein wenig gekünstelt war, in guten Händen, ebenso das Brautpaar bei H. W. Braun und Erna Lorenz. Den Festordner Brimborius gab explosiv Hans Homfeld. Ein kleines Kabinettstückchen war der zappelige Vereinsdiener Erich Wildes. Ueberzeugend geschwätzig der Hartwig Otto Zedlers und von einer marionettenhaften Abgezirkeltheit der Diener Curt Renners. Der Schwank fand eine recht beifällige Aufnahme. B. Sch.

Streit um den Genter Altar. Der Genter Altar, dessen Flügel durch den Versailler Vertrag dem Berliner Museum genommen und der belgischen Regierung ausgeliefert wurden, ist jetzt Gegenstand eines heftigen Streites zwischen dem belgischen Kabinett und der Stadt Gent. In der Stadtkirche von Gent, der Kathedrale von St. Bavo, ist seit mehreren Jahren der ganze Altar wieder vereinigt. Vor einiger Zeit hatte die belgische Regierung mehrere Teile des Altars, die schon immer in Brüssel befindlichen Flügel mit den nackten Figuren von Adam und Eva, nach Paris auf eine Ausstellung geliehen. Nun beabsichtigte der belgische Kunstminister, Camille Huysmans, den ganzen Altar für die Ausstellung alter und neuer belgischer Kunst für den Januar 1927 nach London zu senden. Er ist dabei aber auf Widerstand in Gent gestoßen. Der Bürgermeister hat beim Ministerpräsidenten protestiert, die konservative Presse wendet sich scharf gegen den sozialistischen Kunstminister. Es heißt, die Hergabe solle nur ein Manöver sein, um eine internationale Anleihe zu erleichtern. Die Eigentumsverhältnisse sind offenbar nicht ganz klar: zweifellos, der Kirchengemeinde gehört offenbar nur das Mittelstück, die Anbetung des Lammes. Wie der Streit ausgehen wird, ist noch unklar.

Amerikanische Museumsarbeit. In Amerika soll jetzt eine Hochschule für Museumskuratoren eröffnet werden, die planmäßig geschulte Museumsbeamte und -leiter heranziehen soll. Einstweilen haben sich einige größere Museen entschlossen, kleinere oder neu zu gründende Institute dadurch zu unterstützen, daß sie ihnen gut geschulte Kräfte zur Verfügung stellen, um die Anfangsentwicklung zu leiten und zu überwachen. Wie ein Bericht des „Cicerone" über die Tätigkeit der amerikanischen Museen weiter mitteilt, wird das neue Gebäude des Fogg-Art-Museums an der Harvard-Universität auch Vorlesungs- und Seminarräumlichkeiten enthalten; es umfaßt zugleich eine Art praktischen Laboratoriums, in dem Anleitung zur Restauration von Gemälden, zu ihrer Identifizierung durch Röntgenstrahlen usw. erteilt wird. Die Röntgenmethode wird hier sorgfältig und systematisch ausgearbeitet, auch wird eine Art Röntgenplattensammlung zur Konsultation angelegt.

Woher stammen die Ausdrücke „Postschwede" und „Schwager"? Nach 250jährigem Bestehen ist jetzt der Postillon in Deutschland völlig verschwunden. Am 15. November ist die letzte derartige Post eingegangen und alle ähnlichen Verbindungen sind durch Postautomobile ersetzt. Damit haben auch die alten schönen Namen wie „Postschwede" und „Schwager" ihr Ende gefunden. „Schwager" ist bekanntlich der Ausdruck für Postillon. Es wird nun gerade jetzt von Interesse sein, woher das Wort „Schwager" die Bedeutung für den Lenker der Post erhalten hat. Man führt das Wort „Schwager" auf den französischen Ausdruck „chevalier" zurück. In der Schweiz soll aus „Chevalier" (sprich schwalje) erst „Schwaser" und daraus „Schwager" geworden sein. — Noch interessanter ist die Herkunft des vielgebrauchten Wortes „Postschwede" als Bezeichnung für den Postillon. Sie ist uralt und hat sich von den Tagen des 30jährigen Krieges bis auf die heutige Zeit erhalten. Die Schweden hatten nämlich im 30jährigen Kriege in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands eine Feldpost zwischen den Truppenteilen und dem Hauptquartier eingerichtet, die von Dragonern besorgt wurde. Allmählich wurde diese Feldpost auch von Privaten sehr stark benutzt, so daß nach Abzug der Schweden sogar andere reitende Postboten den Dienst aufnahmen. Wie die schwedischen Dragoner von den Bewohnern des deutschen Landes „Postschweden" genannt wurden, so wurden auch ihre Amtsnachfolger mit „Postschweden" bezeichnet, trotzdem es Postdeutsche waren.

Museumsführungen. Sonntag, den 28., 10—11½ Uhr vorm., finden amtliche Führungen im Neuen Museum (Rembrandts Radierungen, Dr. Rosenberg), im Kaiser Friedrich-Museum (Murillo und Goya, Prof. Schottmüller) und im Museum Prinz Albrecht-Straße 7 (Troja und seine Ausgrabungen, Prof. Götze) statt. Zulaßkarten zu 50 Pf. sind vor Beginn am Eingang der genannten Museen erhältlich.

Tanzgruppe Gret Palucca. Die dritte Tanzmatinee der Volksbühne, die Aufführungen der Tanzgruppe Gret Palucca unter Leitung ihrer Meisterin bringen soll, findet am Sonntag, den 28. November, vormittags 11½ Uhr, im Theater am Bülowplatz statt. Einlaßkarten 1,80 Mk. in den Verkaufsstellen der Volksbühne.

Prof. Max Slevogt stellt seine neuen Bilder in den Räumen des Verlages Bruno Cassirer, Derfflingerstr. 15, aus. Die Ausstellung wird am 28., mittags 12 Uhr, eröffnet. Sie ist werktäglich von 10—5 Uhr, **Sonnabends von 10—2 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.**

Mahrauns Flucht in die Oeffentlichkeit.

Eine aufschlußreiche Erklärung.

Herr Mahraun veröffentlicht folgende Erklärung: „Der Reichswehrminister Geßler hat am 23. November 1926 im Reichstag zu der eingereichten Denkschrift Stellung genommen. Er hat erklärt, die Denkschrift behandle: „Streitigkeiten zwischen früheren Offizieren und ihren Verbänden, wer die richtige Vaterlandsliebe habe und bringe die Besorgnis des Ordens zum Ausdruck, daß die Reichswehr in diese Streitigkeiten hineingezogen werden könne, ohne daß diese Besorgnis näher begründet worden sei.

Ich habe die Denkschrift auf Anforderung des Reichswehrministers eingereicht. In ihr befinden sich die Beweise, daß im großen Rahmen versucht wurde, Organisationen, welche sich auf die Reichswehr beriefen, für ein Abenteuer einzusetzen, dessen Verwirklichung ein furchtbares Unglück für das Deutsche Reich herbeigeführt hätte. Für dieses Abenteuer wurden in den Reihen des Jungdeutschen Ordens Truppen geworben. Da dieser Zustand, für den in der Vergangenheit bereits eine Parallele besteht, unhaltbar war, kam nur ein Eingreifen des Reichswehrministers in Frage.

Bereits im Jahre 1923 wurde auf ganz ähnliche Weise versucht, die aktivistischen Kräfte der nationalen Bewegung

zu einem Ueberfall auf die französischen Besatzungstruppen zu provozieren.

Im Mittelpunkt dieser Aktion stand damals ein auch in der nachrevolutionären Zeit viel genannter General. Im Vertrauen auf seine militärische Autorität waren sogar alte besonnene Soldaten zu der Ansicht gekommen, daß der auf diese Weise entfesselte Krieg zu einem Erfolg führen könne. Der General berief sich auf ein neu erfundenes Sprengmittel, mit dessen Hilfe man auf elektrischem Wege sämtliche Sprengstoffe der Franzosen in die Luft sprengen könne. Diese Angaben wurden in weiten Kreisen geglaubt, da der General erklärte, selbst der Vorführung dieser gewaltigen Erfindung beigewohnt zu haben. Er teilte bereits Trupps zur Sprengung der Rheinbrücken ein. Ich bin in der Lage, Offiziere zu nennen, welche diese Befehle von ihm erhielten. Da überall der Eindruck erweckt wurde, daß die Reichswehr hinter dieser Aktion stehe, entstand in nationalen Kreisen, die mir nahe stehen, eine Psychose, in der jeder Appell an die Vernunft verhallte. Aufklärungen, welche ich zu geben versuchte, wurden mit der Begründung zunichte gemacht, „ich sei zu schlapp, diese Sache mitzumachen". Bei der im Ruhrgebiet herrschenden Erregung konnte die Explosion jederzeit erfolgen. In letzter Stunde gelang es mir, die Nachricht von der „gigantischen" Erfindung als einen glatten Schwindel zu entlarven.

Im Herbst des gleichen Jahres wurde für einen Feldzugsplan Stimmung gemacht, in dem man sich ebenfalls auf den Willen der Reichswehr berief.

Polen sollte im Bunde mit Rußland überfallen werden und dann gemeinsam mit „der großen russischen Armee" der Kampf an der Elbe gegen Frankreich aufgenommen werden.

Man suchte wieder Ordensbrüder für den Plan zu gewinnen und zu vereidigen. Einer meiner Mitarbeiter ging den Meldungen der Ordensbrüder nach und stellte fest, **daß der durch die Landsberger Prozesse inzwischen bekanntgewordene Oberleutnant Schulz die Seele dieser Bestrebungen war.** Schulz erläuterte ihm den Plan mit folgenden Worten:

„Der Westen ist separatistisch, der Süden katholisch. Auf beide können wir nicht rechnen. Wir müssen deshalb die Franzosen zwingen, bis zur Elbe zu marschieren. Dann nehmen wir den Polen Land ab, um Arbeiter ansiedeln zu können und errichten den nationalen Agrarstaat im Osten. Dieser wird dann die Basis für die Wiedergewinnung Deutschlands sein."

Diese Nachricht wurde von mir dem Reichswehrministerium mitgeteilt. **Trotzdem brach der Küstriner Putsch aus.** Als ich im Jahre 1925 einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich das Wort redete, setzte seitens gewisser Rechtskreise ein Kampf gegen mich ein, der sogar zur Einleitung eines Landesverratsverfahrens gegen meinen Mitarbeiter Bornemann und mich führte. Ich hatte festgestellt, daß wieder Kräfte am Werke waren,

die nationale Bewegung für ein Zusammengehen mit Sowjetrußland gegen Frankreich zu gewinnen. Wieder spielte die Elblinie eine große Rolle.

Der Oberst Nikolai, dessen politische Betätigung sehr undurchsichtig ist, dessen Sympathien für Sowjetrußland ich aber selbst feststellen konnte, agitierte für diesen Plan, und Kreise, welche sich auf die Reichswehr beriefen, behaupteten sogar, entsprechenden Auftrag zu haben, und trafen dafür Vorbereitungen. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, hiergegen die Hilfe des Reichswehrministers anzurufen und habe ihm meine Beobachtungen vertraulich mitgeteilt. Sie bilden den Inhalt meiner Denkschrift.

Die Behauptung des Reichswehrministers, daß ich ihn gewissermaßen nur als Schiedsrichter in einem Streit mit anderen Verbänden angerufen habe, ist völlig abwegig.

Ich fasse meine Erklärung darin zusammen, daß die von mir eingereichte Denkschrift nachweislich den Zweck hat, den Mißbrauch nationaler Kräfte und Organisationen zu landesgefährlichen außenpolitischen Abenteuern zu verhindern. Auf Grund meiner Kenntnisse bin ich überzeugt, diesen Zweck auch zum Heil des Vaterlandes erreicht zu haben. Entweder von denjenigen politischen Kreisen, welche die Verwirklichung solcher Abenteuer wünschen, oder von solchen, welche die wirklichen Ereignisse nicht genügend kennen, werde ich in letzter Zeit angegriffen. Ich werde aber trotzdem wie bisher so auch in Zukunft meine ganze Kraft dafür einsetzen, daß Abenteuer verhindert werden, welche Deutschland nur in unabsehbares Unglück stürzen, ihm aber das nicht bringen, wofür ich kämpfe und sterbe: seine Freiheit und seinen Wiederaufstieg!

Arthur Mahraun, Hochmeister des Jungdeutschen Ordens.

Sodenstern berichtigt.

Wir erhalten folgende Zuschrift des Herrn Hans v. Sodenstern, Major a. D. und auch Schriftleiter der „Deutschen Zeitung":

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes ersuche ich Sie, zu dem Artikel „Ein falsches Reichswehrdementi" in Nr. 551 Ihrer Zeitung um Aufnahme folgender Berichtigung:

Es ist nicht richtig, daß ich durch eine Indiskretion aus dem Reichswehrministerium die Denkschrift des Herrn Mahraun oder Kenntnis von ihrem Inhalt erhalten habe.

Richtig ist vielmehr, daß ich durch ein Mitglied des Jungdeutschen Ordens Kenntnis von einem Teil des Inhalts der Denkschrift erhalten habe.

Die Tatsache, wie Herr von Sodenstern informiert worden ist, ist weniger wichtig als die Tatsachen, die aus der Denkschrift hervorgehen. Es muß aber festgehalten werden, daß die Denkschrift im Reichswehrministerium vervielfältigt und an alle Wehrkreiskommandeure gesandt worden ist.

Der Untergang einer Familie.

Ein veralteter und unmöglicher Strafvollzug.

Der Arbeiter K. muß für eine Reihe begangener Diebstähle in Moabit eine Strafe von 1½ Jahren Gefängnis verbüßen. Bitterste Not als Milderungsgrund in die Wagschale geworfen, bewog das Gericht, die verbüßte Untersuchungshaft in Anrechnung zu bringen, sonst wäre es noch mehr geworden. 1½ Jahre ist eine lange Zeit, in der viel geschehen kann! Und es ist in der Tat unerhört viel Trauriges im Leben dieses Mannes geschehen.

Mit der Wohnung begann eines Tages das Unheil. Sie mußte geräumt werden. Dann wurden die Kinder vom Jugendamt ins Waisenhaus gebracht, wo sie durch Ansteckung beide erkrankten. Mutter und Vater stark tuberkulos, die Kinder mit diesem fürchterlichen Krankheitserbe belastet, sind natürlich in hohem Grade für Infektionen empfänglich. Ein Entlassungsantrag des Mannes zum Schutze seiner Familie wurde vom Gericht abgewiesen und man brachte inzwischen die Kinder, die beide noch nicht geheilt waren, wieder ins Waisenhaus zurück. Da sich ihr Gesundheitszustand erheblich verschlechterte, schaffte man sie neuerdings ins Krankenhaus und dieses fürchterliche Hin und Her vollzog sich mehrere Male hintereinander. Das Mädchen, bei dem die Tuberkulose bereits richtig ausgebrochen war, wozu sich dann noch eine andere Krankheit gesellte, verblieb im Krankenhaus, während man den Jungen auf inständiges Bitten der Mutter ihr wieder übergab, ihr jedoch keinerlei Erhaltungsbeitrag gewährte. Als sie um einen solchen bat, stellte man ihr anheim, ihr Kind wieder dem Jugendheim zu überweisen. Die Not im Hause, wo der Ernährer fehlte, ward immer größer, denn mit sechs Mark Unterstützung konnte man wenig anfangen. Das Leiden der Frau verschlimmerte sich rapide und sie starb vorzeitig infolge Unterernährung. Beide Kinder sind nun bei den Eltern des Mannes untergebracht. Die alten Leutchen tun, was sie nur irgend können. Die Kinder sind sauber und warm gekleidet, erhalten Milch und gutes Essen, im Schrank hängen hübsche, adrette Sonntagskleider und als Weihnachtsgabe stehen schon jetzt nagelneue Stiefelchen für sie bereit.

Aber die böse Krankheit des Mädchens vermag alle Liebe und Sorgfalt nicht aufzuhalten. Das Kind wäre vielleicht noch zu retten, wenn es in eine Heilanstalt käme. Aber sie mag nicht wieder unter fremde Menschen. In diesem Kinderhirn hat sich der frühere Leidensgang vom Waisenhaus ins Krankenbett, wieder zurück und wieder dahin, zu einer qualvollen Erinnerung verdichtet. Wenn sie ab und zu ihren Vater besucht, dann sieht der Mann, dem diese Krankheit sein Weib genommen und sein eigenes Leben vergiftet hat, mit Schrecken das Kainsmal, das auch sein armes Kind auf der Stirn trägt. Qualvoll sitzt er und wartet, daß die endlose Frist verstreiche. Inzwischen baut er mit viel Geschick Schiffsmodelle, die sein Vater mit dem letzten Geld patentieren ließ. Am Patentamt sagte man dem Alten: „Ihr Sohn kann nochmal Schwein haben!" Das ist kein abgefeimter Verbrecher, der ruhig seine Zeit absitzt und inzwischen neue Schandtaten ersinnt. Ein Mensch ist's, mit allerlei brauchbaren Ideen im Kopf, leicht zugänglich dem lockenden Bösen, das ihm helfen soll, die quälende Alltagsnot zu meistern. Leben möchte er, Sonne und Menschen sehen und nach einer neuen Mutter für die Kinder Ausschau halten. Er schrieb seinen Eltern: „Schickt mir 15 M., dann bekomme ich einen freien Tag!" Aber die alten Leute schämen sich vor den Nachbarn, wenn der Sohn in sicherer Bedeckung bei ihnen erscheint und sie meinen: „Dafür kaufen wir den Kindern lieber etwas, 15 M. für einen Tag, nein!" Was ist für sie ein einziger Tag in ihrem langen, langen Leben der Freiheit.

Und wieviel bedeuten diese paar kargen Stunden wohl dem Manne! Bewacht zwar wie ein böses Tier, aber doch gleiche Luft atmen dürfen mit all den anderen und zu Gaste sein in der lebenden Wirklichkeit! Erst im August nächsten Jahres öffnet sich ihm die Gefängnistür. Vielleicht ist er bis dahin schon so stumpf und mürbe geworden, daß er sich ängstlich duckt vor dem großen Tier Schicksal. In der Justizsprache nennt man es „gebessert", wir aber sagen — zerbrochen. Man steht entsetzt und fassungslos vor der Barbarei eines solchen Strafvollzugs, der nicht etwa den Strafzweck zu erfüllen sucht, sondern, wenn auch nur mittelbar, eine ganze Familie zum Untergang verurteilt. Man sieht daß auch im Strafvollzug eine schleunige Reform notwendig ist. Darüber hinaus aber muß es möglich sein, in besonderen Fällen wie dem vorliegenden die bureaukratische Härte in mildernde Menschlichkeit umzuwandeln.

Werbearbeit des Reichsbanners.

Bedeutende Erfolge in Neukölln, Kreuzberg und Lichtenberg

Gestern abend wurde die Werbearbeit des Reichsbanners mit einer Anzahl Umzüge und Versammlungen fortgesetzt. Schon jetzt kann die Werbearbeit des Reichsbanners als außerordentlich erfolgreich angesprochen werden. In allen Versammlungen, ja sogar bei den Umzügen sind eine stattliche Anzahl Neuaufnahmen erfolgt.

*

Der Neuköllner Kreisverein veranstaltete gestern abend einen Fackelzug. Schon als die Kameraden dem Treffpunkt Reuterplatz zustrebten, hatte sich eine nach Tausenden zählende Zuschauermenge dort versammelt, die dann dem Zuge durch die Straßen folgte. Selbst die Gegner mußten anerkennen, daß eine so gewaltige Beteiligung der Bevölkerung an einer Werbeveranstaltung sehr selten ist. 35 Neuaufnahmen waren der Erfolg des Abends. Die Jungmannschaft des Kreisvereins hat eine sehr wirkungsvolle Propaganda in den letzten Tagen betrieben. Mit Fanfaren und Trommeln wurden alle Höfe besucht und dort eine allgemein beifällig aufgenommene Propaganda gemacht. Auch die besondere Ausschmückung der Verkehrslokale des Reichsbanners wirbt. — Der Kreisverein Kreuzberg hat gestern im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine gut besuchte Versammlung abgehalten. Der große Saal war dicht besetzt, teilweise mußten unsere Kameraden in den Gängen stehen. Ansprachen hielten Bürgermeister Genosse Dr. Herz und Senatspräsident Großmann. Beide kritisierten unter starkem Beifall der Versammlung das Verhalten der Reichswehr dem Staate gegenüber. In dieser Versammlung wurden allein 90 Neuaufnahmen gemacht. — Der Kreisverein Wilmersdorf versammelte sich am Kaiserplatz und durchzog die südlichen Straßen seines Kreises, überall freudig vom Publikum begrüßt. — Der Kreisverein Schöneberg sammelte seine Kameraden an der Ecke der Innsbrucker und Hauptstraße. Auch hier war die Beteiligung sehr gut. — Auch die Lichtenberger Kameraden konnten mit ihrem Fackelzug durch die Straßen an der Frankfurter Allee eine sehr wirkungsvolle Propaganda betreiben. Die Veranstaltung darf als eine der größten, die in der Werbewoche abgehalten wurden, bezeichnet werden.

Der erschossene Wächter.

Das Verbrechen von Hoppegarten vor dem Schwurgericht.

Vor dem Landgericht III begann heute morgen unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bombe die Gerichtsverhandlung gegen zwei mehrmals vorbestrafte Männer namens Sliwinski und Wegener, die angeklagt sind, im Frühjahr 1925 in Hoppegarten eine Reihe von Einbruchsdiebstählen begangen zu haben und während ihres letzten Einbruchs in der Nacht auf den 25. April den Wächter Buchholtz erschossen zu haben. Der dritte Angeklagte Kanehl hat sich wegen Hehlerei zu verantworten. Die Angeklagten hatten es bei allen ihren Einbrüchen auf Fahrräder abgesehen.

Slewinski erzählt, er habe in der Nacht des Verbrechens zuerst das Licht einer Taschenlampe gesehen. Dann habe er einen Menschen auftauchen sehen und einen Schuß fallen hören, der ihn traf. Er will nun hingefallen sein und sein Bewußtsein verloren haben. Zu sich gekommen, sah er seinen Komplizen Wegener vor sich, der ihn dann mit großer Mühe vom Tatort fortschleppte, ihm einen Verband anlegte und schließlich nach Hause brachte. Im Virchow-Krankenhaus wurde an ihm eine Operation vorgenommen, da er einen Bauchschuß erhalten hatte. Einige Tage später gestand er dann die Tat, nachdem die Kriminalpolizei ihm Wegener gegenübergestellt hatte, der bereits geständig war. Er will überrascht gewesen sein, als er erfuhr, daß ein Wächter von einem Schuß getroffen worden sei. In Wirklichkeit war der Wächter Buchholtz so schwer verletzt worden, daß er einen Tag nach dem Ereignis im Krankenhaus starb. Der Angeklagte Wegener dagegen behauptet, daß Sliwinski es gewesen sei, der den Schuß auf den Wächter abgefeuert habe. Als der Mann aufgetaucht sei, habe Sliwinski „Hände hoch" gerufen und einen Schuß abgefeuert. Darauf sei auch von der anderen Seite ein Schuß gefallen. Er selbst habe nur zwei- bis dreimal in die Luft geschossen. Woher die Hülsen herrühren, die am Tatort gefunden wurden, könne er nicht sagen. Unter anderem erzählt er, wie der Angeklagte Sliwinski ihn im Krankenhause gesagt hätte: „Ich habe zwar meinen Teil bekommen, aber auch der Wächter hat seinen Teil abgekriegt."

Zur Verhandlung sind etwa 23 Zeugen geladen. Ueber den Geisteszustand Sliwinskis, der sehr lange Zeit im Krankenhaus gelegen hat, wird der Sachverständige Dr. Bürger sein Gutachten abgeben. Auch etwa 7—8 Strafgefangene werden ihre Aussagen darüber zu machen haben, ob Wegener wirklich einem seiner Mitgefangenen gesagt hatte, er habe auf den Wächter geschossen, nachdem dieser den Sliwinski getroffen hatte.

Stadtschulrat Nydahl bei den Schulreformern.

Im „Bund Entschiedener Schulreformer" sprach Reinhold Lehmann-Leipzig über „Ausländische Versuchsschulen" und Paul Oestreich-Berlin über „Deutsche Schulreform und Schulreaktion". Lehmann schilderte besonders eingehend die von der Stadt Wien ins Werk gesetzte Schulreform, die nicht nur gärender Sturm und Drang ist, sondern zielbewußte und planvolle Arbeit an der Entwicklung des Schulwesens und am Wohl des Volkes. An diese Ausführungen anknüpfend, hob der neue Berliner Stadtschulrat Nydahl hervor, daß für Wien die Bedingungen einer durchgreifenden Schulreform besonders günstig liegen. Wien habe selber die Leitung der Schulverhältnisse ganz in eigener Hand und sehe sich nicht durch höhere Instanzen eingeengt. Auch in Preußen und besonders in Berlin drängen die Verhältnisse immer stärker zu einer gründlichen Reform der Schule. Für die Kinder, die nach den vier Grundschuljahren weitere vier Jahre die Volksschule besuchen, fehle eine rechte Entwicklungsmöglichkeit. Vorkehrungen seien zu treffen, sie aus dieser Sackgasse herauszuführen. Man werde auch eine organische Linie finden müssen, die von der Volksschule zur Fachschule geht. Nydahl erörterte auch einige Teilfragen, die für die Durchführung einer umfassenden Schulreform wichtig sind. Dazu gehört zum Beispiel ein großzügiges Schulbauprogramm, das auch die mit Schulhäusern erst spärlich versorgten Außenbezirke gebührend berücksichtigt. Die Durchführung des Gedankens der Arbeitsschule ist nicht möglich, wenn nicht die Klassenbesetzungsziffer, besonders in den unteren Klassen der Schulanfänger, wirksam eingeschränkt wird. Nicht minder nötig ist es, die Pflichtstundenzahl der Lehrer und Lehrerinnen so weit einzuschränken, daß wirklich pädagogische Arbeit geleistet werden kann. Stadtschulrat Nydahls Ausführungen, die kein „Programm" bieten wollten, sondern nur einige der zur Lösung drängenden Fragen kurz berührten, fand lebhaften Beifall.

Zwei schwere Betriebsunfälle. Ein entsetzlicher Betriebsunfall ereignete sich gestern nachmittag gegen ½2 Uhr in der Gießerei der Firma Borsig in Tegel-Borsigwalde. Durch den Absturz eines etwa 30 Zentnerschweren Maschinenteils wurde der 47jährige Schlosser Benjamin Chmelle aus der Berliner Straße 18a zu Tegel schwer verletzt. Der Verunglückte wurde zur Unfallklinik in der Johannisstraße gebracht, wo ein doppelter Schädelbruch und innere Verletzungen festgestellt wurden. B. starb kurze Zeit nach seiner Einlieferung. — Ein schwerer Bauunfall mit tödlichem Ausgang trug sich heute vormittag gegen ½9 Uhr auf dem Neubau auf der Museumsinsel zu. In der Höhe des vierten Stockwerkes war der 50jährige Arbeiter Karl Thoms aus der Brunowstraße 5 zu Tegel auf dem Gerüst tätig. Thoms trat unglücklicherweise fehl, verlor den Halt und stürzte in die Tiefe, wo er mit zerschmetterten Gliedern bewußtlos liegen blieb. Bis zum Eintreffen des Arztes war bereits der Tod eingetreten. Die Leiche wurde in das Schauhaus gebracht.

Studenten, Arbeiter, Intellektuelle! Besucht die Kundgebung des Deutschen Friedenkartells heute (Mittwoch) abend 8 Uhr im ehemaligen Herrenhaus. Ueber „Die Kulturaufgaben des deutschen Akademikers" sprechen dort die Professoren Paul Oestreich, Hobehm, Quidde, Veit Valentin, Westphal, Dr. Graf Arco und Gräfin zu Dohna. Vorsitz: Hellmut v. Gerlach.

Die fünf Opfer des Bootsunglücks im Plauener See bei Brandenburg, Naturfreunde aus Brandenburg und Berlin, wurden im Laufe des Dienstag vom Reichswasserschutz als Leichen geborgen.

Massenerkrankungen bei der Reichswehr. Amtlich wird aus Königsberg i. Pr. mitgeteilt: Am letzten Montag sind, wahrscheinlich infolge des Genusses nicht einwandfreier Wurst, beim Ausbildungsbataillon des Infanterieregiments I in Königsberg i. Pr. etwa 90 Mann an leichtem Magen- und Darmkatarrh erkrankt. Die Erkrankten befinden sich bereits sämtlich auf dem Wege der Besserung.

Ein grausiger Fund. Im Hofe eines Anwesens in der Lindwurmstraße in München wurde in einer Kehrichttonne ein Paket gefunden, das den Kopf eines erwachsenen Menschen enthielt. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Der Deutsche Republikanische Reichsbund veranstaltet gemeinsam mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am Donnerstag, den 2. Dezember, ½8 Uhr, im Stadthaus Klosterstraße, eine große Kundgebung im Sinne der Republikanischen Union. Redner die Reichstagsabgeordneten: Staatsminister a. D. Dr. Haas-Baden, Reichstagspräsident Löbe und Reichskanzler a. D. Dr. Wirth. Die Republikaner aller Parteien sind eingeladen!

Unzulässige Arbeitszeitänderung.

Der Betriebsrat hatte nicht zugestimmt.

Die Direktion der Bergmann-Elektrizitätswerke ordnete an, daß die Maschinenformer statt wie sonst um 7 Uhr, nunmehr um 6 Uhr morgens anfangen sollen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit bedeutete dies jedoch nicht. Die Former protestierten zunächst ohne Ausnahme gegen diese Aenderung, dann ließen sich aber 18 von ihnen bewegen, der Neuerung zuzustimmen, während die übrigen sieben an der alten Arbeitszeit festhielten und deshalb entlassen wurden.

Von diesen fochten sechs beim Gewerbegericht ihre Entlassung als unbillige Härte an. Sie beriefen sich darauf, daß nach der Arbeitsordnung **jede Aenderung oder Verlegung der Arbeitszeit der Zustimmung des Betriebsrats** bedürfe, die in diesem Falle nicht eingeholt sei.

Der Vertreter der Firma behauptete dagegen, der Direktor habe, als der Vorsitzende des Betriebsrats nicht im Werk anwesend war, mit dessen Stellvertreter verhandelt, welcher der Aenderung zugestimmt habe. — Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß es sich nur um eine Meinungsäußerung über die Aenderung der Arbeitszeit gehandelt und der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende lediglich seine persönliche Ansicht ausgesprochen hat.

Drei Kläger wurden abgewiesen, weil sie sich **durch Unterzeichnung einer Ausgleichsquittung** mit der Entlassung einverstanden erklärt hatten

Hinsichtlich der anderen drei Kläger wurde die Firma zur Wiedereinstellung bzw. Entschädigung verurteilt. Die Urteilsgründe gehen dahin: Da die nach der Arbeitsordnung erforderliche Zustimmung des Betriebsrats nicht erfolgt ist und die betreffende Bekanntmachung der Direktion keine Unterschrift des Betriebsrats trug, so war die Anordnung für die Arbeiter nicht verbindlich. Wenn der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende namens des Betriebsrats eine Erklärung für die Aenderung der Arbeitszeit abgegeben hätte, dann wäre der Arbeitgeber dadurch gedeckt gewesen. Eine solche Erklärung lag hier aber nicht vor, sondern es hat lediglich ein Austausch rechtlicher Ansichten zwischen dem Direktor und dem stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden stattgefunden.

Die Gefahren der Ueberlastung.

Verbot, mehr als 75 Kilogramm zu tragen, ist notwendig.

Die Internationale Union der Lebens- und Genußmittelindustrie schreibt uns: Es ist medizinisch festgestellt, daß das Heben und Tragen von Lasten von über 75 Kilogramm Gewicht durch einen Mann allein für ihn die schwersten körperlichen Schäden zur Folge haben kann. Es bestehen denn auch, allerdings erst ganz vereinzelt, gesetzliche Bestimmungen, die das Tragen schwerer Lasten zu regeln suchen. So hatte schon 1903 der schweizerische Bundesrat in einem Beschluß bestimmt, daß in den Mühlen, Lagerhäusern und dergleichen untersagt sei, Lasten von mehr als 100 Kilogramm Gewicht durch einen einzelnen Arbeiter heben oder tragen zu lassen. Dieser Beschluß ist 1920 mit Inkrafttreten des eidgenössischen Fabrikgesetzes gefallen. Zuletzt hat Chile durch ein Gesetz vom 9. Februar 1923 das Höchstgewicht der Säcke, die Waren irgendwelcher Art enthalten und durch menschliche Kraft befördert werden sollen, auf 80 Kilogramm festgesetzt.

Aus einer Erhebung unter den Müller- und Bäckerverbänden der ganzen Welt ergibt sich, daß in den meisten Ländern immer noch Säcke mit 100 Kilogramm Gewichtsinhalt und darüber zur Verwendung gelangen. In Paris waren sogar bis vor Kriegsausbruch Säcke mit 159 Kilogramm Bruttogewicht allgemein üblich. Es ist dieses zur Anwendung gelangende Maß der Säcke darauf zurückzuführen, daß in der Regel 200 Kilogramm Korn 157 Kilogramm Mehl ergeben, woraus wiederum 200 Kilogramm Brot hergestellt werden können. Geringere Gewichtseinheiten kommen nur noch in Rußland und in Ungarn zur Anwendung. Sonst benützt man überall Säcke mit 100 Kilogramm Gewichtsinhalt.

Die Müller- und Bäckerverbände haben in der erwähnten Erhebung auch Angaben über die Begleiterscheinungen des Tragens zu schwerer Lasten gemacht. Es ergibt sich daraus eine schwere Anklage gegen jene Unternehmungen, die immer noch solch schwere Lasten durch ihre Arbeiterschaft tragen lassen: Verkrümmungen der Wirbelsäule, Brüche usw. sind bei den Mühlenarbeitern und Transportarbeitern viel zahlreicher, als bei den übrigen Arbeitern festzustellen.

Das Heben und Tragen von Säcken, die mehr als 75 Kilogramm Gewicht betragen, sollte gesetzlich untersagt werden. Beim heutigen Stand des Handels und Verkehrs wird ein Landesgesetz allein aber nicht ausreichen. Die Frage muß international ihre Lösung finden.

Tagung der Versicherungsangestellten.

Der Reichsfachausschuß der im Zentralverband der Angestellten (ZdA.) organisierten Versicherungsangestellten tagte in der letzten Woche im Erholungsheim des ZdA. in Bad Finkenmühle (Thür.). Neben organisatorischen und Agitationsfragen beschäftigte sich der Ausschuß vor allem mit der Auswirkung der Wirtschaftslage auf das Versicherungsgewerbe und die Lage der Versicherungsangestellten. Auch zur Frage der Kündigung des Reichstarifvertrages wurde Stellung genommen. Die freigewerkschaftliche Bewegung der Versicherungsangestellten erhielt durch die arbeitsreiche Tagung einen neuen kräftigen Anstoß. Die Anerkennung der wertvollen organisatorischen Arbeit des ZdA. für die Versicherungsangestellten wurde in den Verhandlungen durch die ehrenamtlichen Kollegen wiederholt uneingeschränkt zum Ausdruck gebracht.

Arbeitschutz im Gastwirtsgewerbe.

Nach der Hinausschiebung der Polizeistunde.

Der amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Nachdem die Polizeistunde in erheblichem Maße verlängert worden ist, erklärt es der Minister für Handel und Gewerbe in einem Runderlaß für erforderlich, der Durchführung der für die Beschäftigung der Arbeitnehmer im Gast- und Schankwirtsgewerbe und in den Verkehrsgewerben geltenden Schutzbestimmungen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. In erster Linie wird es Aufgabe der Ortspolizeibehörden sein, durch sorgfältige Betriebsbesichtigungen, insbesondere auch in der Nachtzeit, die genaue Einhaltung der in der Arbeitszeitverordnung vom 23. Dezember 1923 und, was das Gastwirtsgewerbe anbetrifft, in der Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften vom 23. Januar 1902 enthaltenen Vorschriften nachzuprüfen und etwaigen Verstößen gegen diese Bestimmungen mit Nachdruck entgegenzutreten. Neben den Ortspolizeibehörden werden auch die Gewerbeaufsichtsbeamten, soweit es ihnen irgend möglich ist, die Gast- und Schankwirtschaften und die in Betracht kommenden Betriebe des Verkehrsgewerbes einer sorgfältigen Beaufsichtigung zu unterziehen haben, damit die Verlängerung der Polizeistunde sich nicht zum Nachteil der Arbeitnehmer auswirkt. (Was aber inzwischen geschehen ist.)

Es erben sich Gesetz und Rechte . . .

Ein Arbeiter hat ein Hausgrundstück in der Gemeinde Glottau, dem katholischen Wallfahrtsort des Ermlandes, gepachtet und will seinem Schwager, der in einem Nachbarort wohnt, ein Zimmer seiner eigenen Wohnung einrichten. Der Gemeindevorsteher des Ortes verbietet das, und beschlagnahmt das Zimmer, um seinem Verbot mehr Nachdruck zu verleihen. Auf eine Beschwerde bei dem Landrat des Kreises Heilsberg erging die Antwort, daß die Beschlagnahme des Zimmers aufgehoben ist, im übrigen aber die Maßnahme des Gemeindevorstehers auf Grund des Reichsgesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November **1867** und zwar nach dem § 4 berechtigt war. Der § 4 dieses famosen Reichsgesetzes besagt:

> „§ 4. Die Gemeinde ist zur Abweisung eines neu Anziehenden nur dann befugt, wenn sie nachweisen kann, daß derselbe nicht hinreichende Kräfte besitzt, um sich und seinen nicht arbeitsfähigen Angehörigen den notdürftigen Lebensunterhalt zu verschaffen und wenn er solchen weder aus eigenem Vermögen bestreiten kann, noch von einem dazu verpflichteten Verwandten erhält. Den Landesgesetzen sei vorbehalten, diese Befugnis der Gemeinde zu beschränken. Die Besorgnis vor künftiger Verarmung berechtigt den Gemeindevorsteher nicht zur Zurückweisung."

Im vorliegenden Falle hat der Gemeindevorsteher auf den Nachweis verzichtet, daß der zuziehende Arbeiter nicht in der Lage sei, sich und seiner Familie den notdürftigen Unterhalt zu beschaffen. Er schloß die Unmöglichkeit aus der Krankheit der Ehefrau des Arbeiters und der Landrat folgt dieser Auffassung. Obendrein berief man sich darauf, daß in Glottau weniger Arbeitsmöglichkeiten als im bisherigen Wohnort des Arbeiters vorhanden seien. Wie wir den § 4 des genannten Gesetzes aus dem Jahre 1867 verstehen, dürfen nur solche Personen von einer Gemeinde ferngehalten werden, die bei Zuzug der Armenfürsorge zur Last fallen können. Diese Bestimmung darf aber doch nicht gegen arbeitsfähige Personen angewendet werden! Was kümmert aber das den Gemeindevorsteher von Glottau und den Landrat des Kreises Heilsberg in Ostpreußen? Beide fragen auch nicht danach, ob diese Gesetzbestimmung noch einen praktischen Wert hat, nachdem durch das neue Fürsorgegesetz die Gemeinden eines Kreises zum Armenfürsorgeverband zusammengelegt sind. Ganz strikte lehnt man es natürlich ab, von sich aus zu prüfen, ob der § 4 des Gesetzes über die Freizügigkeit mit dem Artikel 111 der Reichsverfassung in Einklang zu bringen ist, der bekanntlich besagt, daß jeder Arbeiter das Recht der Freizügigkeit genießt.

Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um die maßgebenden Regierungsstellen dazu zu führen, daß sie das veraltete Gesetz vom Jahre 1867 schleunigst aus der Welt schaffen.

Verhandlungen in der thüringischen Textilindustrie.

Gera, 23. November. (WTB.) Die Verhandlungen zwischen dem Verband sächsisch-thüringischer Webereien und den Gewerkschaften, die vom thüringischen Schlichter für Montag nach Gera einberufen worden waren, sind nach mehrstündigen Auseinandersetzungen ergebnislos abgebrochen worden, da sämtliche Vorschläge des Schlichters von den Vertretern der Gewerkschaften abgelehnt wurden.

Distriktsverhandlungen der englischen Bergarbeiter.

Der Schiedsgerichtsplan endgültig aufgegeben.

London, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Eine halbamtliche Meldung besagt, daß die Regierung nunmehr den Gedanken der gesetzlichen Errichtung eines Berufsschiedsgerichtshofes für den Bergbau endgültig aufgegeben habe. Die Verhandlungen für Distriktstarifverträge haben am Dienstag in Schottland, Cumberland, Südwales, Durham und Lancashire begonnen.

Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Ortsverein Berlin, ersucht seine arbeitslosen Mitglieder, Verbandsunterstützungsbezieher sowie Ausgesteuerte, einschließlich der als „Bize" in den Betrieben tätigen Mitglieder, sich in der Zeit vom 29. November bis 4. Dezember in unserer Geschäftsstelle, N. 54, Mulackstr. 10, I, zu melden. Wer die Meldung versäumt, kann bei der **Weihnachtsunterstützung** nicht berücksichtigt werden. Grundsätzlich werden bei der Weihnachtsunterstützung nur solche arbeitslosen Mitglieder berücksichtigt, die in einem Arbeitsnachweis eingetragen sind. Die Ortsverwaltung, L. Hodapp.

Die Krise des Tarifgedankens und des Schlichtungswesens von Prof. Dr. Erdel-Mannheim ist als Heft 31 der Schriften des Bundes der technischen Angestellten und Beamten im Industriebeamten-Verlag, Berlin NW 40, erschienen. Es handelt sich um die Wiedergabe eines Vortrags, der auf dem Bundestag des Butab im September d. J. von dem Vorsitzenden des Mannheimer Schlichtungsausschusses, Herrn Prof. Dr. Erdel, gehalten wurde. Dem lesenswerten instruktiven Schriftchen von 36 Seiten ist die Entschließung des Bundestages zu dieser Frage beigegeben.

Der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, Mitgliedschaft Berlin, gedenkt seinen erwerbslosen Mitgliedern zu Weihnachten eine Extraunterstützung zuzuwenden. Ein wesentlicher Teil der hierzu erforderlichen Mittel wurde durch einen Ball gewonnen, der am letzten Sonnabend in sämtlichen Räumen des Zoo für die Mitglieder und deren Angehörigen veranstaltet wurde und von weit über 5000 Personen besucht war.

Wirtschaft

Die Lage in der Metallhalbzeugindustrie.

Nachdem Ende September die Krisis in der Metallhalbfabrikation durch die Auflösung der Aluminiumkonvention und durch die Kündigung der Verbände einiger anderer Gruppen ihren Höhepunkt erreicht hat, ist jetzt eine Besserung eingetreten. Das Inlandsgeschäft hat sich wesentlich gehoben dadurch, daß neben der Elektro- und Kabelindustrie auch die Metallwarenfabrikation größere Aufträge erteilt hat. Einige Werke sind zurzeit so beschäftigt, daß sie neue Bestellungen nur noch mit sehr langem Liefertermin annehmen. Bis zum Juli d. J. wurde in den meisten Betrieben mit nur fünfzigprozentiger Leistungsfähigkeit gearbeitet und viele Gesellschaften schlossen das Geschäftsjahr mit einem Verlust ab. Der englische Streik hat natürlich auch hier, soweit das Auslandsgeschäft in Frage kommt, eine Besserung bewirkt. Besonders in Zinkblechen wird schon seit Juni mit Hochdruck gearbeitet. Am ungünstigsten sah es bisher in der Aluminiumhalbzeugindustrie aus, wo der Inlandsbedarf infolge der kritischen Situation der Automobil- und der Aluminiumwarenfabrikation sich stark geschmälert hatte. Auch hier ist eine Besserung zu verzeichnen, da die Aluminiumfabrikation gut beschäftigt ist und auch die Automobilindustrie seit der Berliner Ausstellung über einen größeren Auftragsbestand verfügt. Im Auslande wurde bisher stark mit der Konkurrenz der valutaschwachen Länder gekämpft. Der französischen Metallwarenfabrikation war es sehr oft möglich, die deutsche Industrie an verschiedenen Ueberseeplätzen zu unterbieten und sie dadurch vom Markt zu verdrängen. Seit dem Beginn der Stabilisierung in Belgien und Frankreich ist es aber den deutschen Metallwalzwerken möglich gewesen, auch von Uebersee namhafte Aufträge hereinzubekommen. Soweit das Inlandsgeschäft in Frage kommt, ist man der Ansicht, daß es sich nur um eine vorübergehende Besserung handeln kann, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Weihnachtsgeschäft in einzelnen Gruppen der Metallwarenfabrikation steht. Die Zusammenschlußbewegung scheint zum Stillstand gekommen zu sein, nachdem die Verhandlungen zwischen der Bergwerks- und Hüttengesellschaft Mansfeld und dem Hirsch-Kupfer-Konzern, die unmittelbar vor dem Abschluß standen, gescheitert sind. Die großen Firmen haben in den letzten Tagen ihre Austrittserklärung vom deutschen Kupferrohrverband zurückgezogen. Man ist der Ansicht, daß der Rationalisierungsprozeß statt durch eine Zusammenschlußbewegung durch eine Stärkung der Verbände ersetzt wird.

Der Stand der Fernbahn-Elektrisierung.

Ueber den Stand der Fernbahn-Elektrisierung, die infolge der beschränkten Geldmittel nicht mit der gewünschten Schnelligkeit gefördert werden konnte, wird folgende Uebersicht mitgeteilt:

Im elektrischen Ausbau befindet sich gegenwärtig die Strecke München—Regensburg mit 140 Kilometer Länge. Hier ist der elektrische Betrieb bereits bis 40 Kilometer vor Regensburg durchgeführt. Die Restarbeiten werden bis Mitte des nächsten Jahres vollendet sein. Im Ausbau ist ferner die Strecke München—Kufstein mit 100 Kilometer, deren Fertigstellung jedoch erst Anfang 1928 zu erwarten ist. Leider mußte in Schlesien der dringend notwendige Ausbau des Restgliedes der schlesischen Gebirgsbahn Königszelt—Breslau wegen mangelnder Geldmittel vorläufig unterbrochen werden. Wenn weitere Mittel zur Verfügung stehen, so soll in erster Linie mit dem Ausbau der Strecken München—Salzburg und der Strecke München—Stuttgart—Karlsruhe—Kehl begonnen werden. Hiermit wird eine sehr wichtige elektrisch betriebene West-Ost-Verbindung geschaffen, die eine Verkürzung der Fahrzeit gegenüber dem jetzigen Dampfbetrieb um etwa 4 Stunden mit sich bringt.

Was die Energieversorgung anlangt, so wird nunmehr noch ein drittes Isarkraftwerk bei Pfrombach erbaut, welches wesentlich zur Bahnstromerzeugung dient; das Kraftwerk Eiting wird erweitert; das Kraftwerk Mittelsteine bei Glatz, das den Strom für die elektrischen schlesischen Bahnen liefert, ist kürzlich von der Deutschen Reichsbahn käuflich erworben worden.

In Bezug auf Neuerungen bei elektrischen Lokomotiven und Triebwagen ist eine kürzlich angelieferte Schnellzuglokomotive von außergewöhnlich großer Leistungsfähigkeit bemerkenswert. Sie vermag Schnellzüge mit 17 D-Zug-Wagen mit einer Geschwindigkeit von 110 Kilometer in der Stunde zu befördern. Die Maschine ist von der AEG. erbaut und läuft auf der Strecke Leipzig—Halle. Zwei weitere große Schnellzuglokomotiven werden gegenwärtig von den Siemens-Schuckert-Werken zusammen mit Borsig und den Bergmann-Elektrizitätswerken in Gemeinschaft mit Linke-Hofmann erbaut. Ferner sind 6 schwere Güterzuglokomotiven in den Fabriken der AEG. und der Siemens-Schuckert-Werke im Bau. Diese sollen Güterzüge bis 2100 Tonnen Wagengewicht befördern. Schließlich ist der Bau von 6 Schnelltriebwagen erwähnenswert. Diese sind für die Verbesserung des Schnellpersonenverkehrs Halle—Leipzig bestimmt und werden diese 37 Kilometer lange Strecke in 25 Minuten durchfahren. Die jetzigen D-Züge gebrauchen 31 bis 32 Minuten Fahrzeit.

Der Karstadt-Konzern erhöht auf 51 Millionen. Die Karstadt A.-G. Hamburg, der größte deutsche Warenhauskonzern, der jetzt auch in Neukölln in größtem Maßstab ein Warenhaus errichten wird, hat seiner Generalversammlung eine Kapitalerhöhung um 50 Proz. vorgeschlagen. Das Kapital der Gesellschaft wird damit von 34 auf 51 Millionen erhöht.

Geschäftsausdehnung bei Hermann Tietz. Wie gemeldet wird, hat die Firma Hermann Tietz das Warenhaus Wilhelm Stein, Chausseestraße, gekauft. Voraussichtlich wird am 2. Januar 1927 das neue Warenhaus unter dem Namen Hermann Tietz eröffnet werden.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eßlorn; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!
Benutzt und propagiert für den Abschluß von Versicherungen nur Euer eigenes Unternehmen, die
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Es gibt keine günstigere Versicherung, keine bessere Anlage Eurer Spargroschen; denn alle Gewinne fließen den Versicherten wieder zu. — **Nebenamtliche Mitarbeiter werden an allen Orten gesucht! Weitere Auskunft erteilt die** Rechnungsstelle Berlin S 42, Ritterstraße 126, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58/59.

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telephon: Königstadt 540
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren Dickmann A.-G., W 57
Wochenendhäuser — Prospekte gratis! Wald- u. Wasserparzellen-Nachweis.

Polstermöbel
in allen Preislagen, ab Fabrik, bei Teilzahlung kein Aufschlag.
Sommer, Schöneberg, Hauptstr. 151
Goltzstr. 44 Vorzeiger dieses erhält
5 Prozent Rabatt.

Adolf Hoffmann
Knorke
Schulhumoreske mit Illustrationen
von Willi Steiner
Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen

Gegr. 1881.
Unter Garantie die schönsten
Stepp- und Daunen-Decken
kaufen Sie bestens ab Fabrik
Bernhard Strohmandel, Berlin,
Wallstraße 72 (Untergrundbahn Inselbrücke).
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Seydelstraße, und W, Nikolsburger Platz 2, Ecke Trautenaustraße.
Metallbettstellen u. Auflegematratzen: Wallstr. 21/22
Reparat. jed. Art — Illustr. Preiskatalog gratis.

Küchen auf Abzahlung
(konkurrenzlos billig). — 30 verschiedene Muster in bester Ausführung von M. 45 an.
Ankleideschränke, Bettstellen, Waschkommoden, Nachtschränke
Bei geringer Anzahlung sofortige Lieferung.
Küchenmöbel-Fabrik-Lager
Adolf Zebrowski, BERLIN O. 27 Paul-Singer-Str. 84
Telephon: Alex. 5508.